



Repräsentation Identität Beteiligung

Zum Zustand und Wandel der Demokratie

Repräsentation – Identität – Beteiligung

Schriftenreihe Band 10871

Repräsentation – Identität – Beteiligung

Zum Zustand und Wandel der Demokratie

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Die Inhalte der im Text und in den Anmerkungen zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbietenden; für eventuelle Schäden und Forderungen übernehmen die Herausgebenden sowie die Autorinnen und Autoren keine Haftung.

Bonn 2022

© Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Projektleitung: Sascha Kneip, Christoph Rasemann
Redaktion APuZ: Anne-Sophie Friedel, Julia Günther, Jacob Hirsch, Sascha Kneip, Johannes Piepenbrink, Anne Seibring
Korrektorat: Dirk Michel, Mannheim

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel
Umschlagfoto: © picture-alliance/dpa | Uta Rademacher
Satzherstellung und Layout: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design, Berlin
Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt/Main

Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung – NichtKommerziell – Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.



ISBN: 978-3-7425-0871-3

www.bpb.de

Inhalt

Editorial	8
1 Beteiligung und demokratische Legitimität	11
CLAUDIA LANDWEHR Der Wert demokratischer Partizipation	12
SANDRA SEUBERT Das »Wir« demokratischer Beteiligung: Wer darf wählen (und warum)?	23
THORSTEN FAAS • ANTON KÖNNEKE Wählen ab 16? Pro und Contra	35
FRANK DECKER Welche politische(n) Beteiligung(sformen) brauchen wir?	47
GESINE SCHWAN Demokratische Beteiligung unter Bedingungen der Globalisierung	63
LUKAS KÜBLER • CLAUS LEGGEWIE • PATRIZIA NANZ Demokratische Innovation durch Bürgerräte	74
NINA-KATHRIN WIENKOOP Wer dazu gehört und gehört wird. Teilhabe im Jugendengagement	86
MARIE-LUISA FRICK Streitkompetenz als demokratische Qualität. Oder: Vom Wert des Widerspruchs	97
2 Repräsentation im Wandel	109
JESSICA FORTIN-RITTBERGER • CORINNA KRÖBER Was zeichnet gute Repräsentation aus? Über die Zusammensetzung des 20. Deutschen Bundestages	110
GABRIELE ABELS • PETRA AHRENS • AGNES BLOME Geschlechtergerechte Repräsentation in historischer und internationaler Perspektive	122

HANNA SCHWANDER Soziale Ungleichheit, politische Teilhabe und Repräsentation in der deutschen Demokratie	141
NAIKA FOROUTAN Brauchen wir eine neue, postmigrantische Partei? Über die Defizite der etablierten Parteien bei der Bearbeitung der Migrationsfrage	154
PHILIP MANOW Repräsentative Politik zwischen Demokratisierung und Entdemokratisierung	167
ECKHARD JESSE Krise (und Ende?) der Volksparteien	179
CHRISTOPH BIEBER • ISABELLE BORUCKI • DANIEL RUTTLOFF • KRISTINA WEISSENBACH • STINE ZIEGLER Digital, divers, dynamisch. Perspektiven der Parteiendemokratie	193
BENJAMIN MÖCKEL Die politische Repräsentation zukünftiger Generationen. Eine historische Einordnung	205
CLAUDIA C. GATZKA Das Parlament als umstrittener Ort der deutschen Demokratie- geschichte	218
3 Identität und Politik	231
ALADIN EL-MAFAALANI Alle an einem Tisch. Identitätspolitik und die paradoxen Verhältnisse zwischen Teilhabe und Diskriminierung	232
BERND SCHLIPPHAK • MITJA BACK Konflikte um Identität in Europa – eine empirische Bestands- aufnahme	241
JENS KASTNER • LEA SUSEMICHEL Zur Geschichte linker Identitätspolitik	256
SILKE VAN DYK Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus	268

SIMON STRAUSS	
Bürgerliche Bekenntniskultur statt Identitätspolitik	282
KARSTEN SCHUBERT	
Eine Sache der Eliten? Identitätspolitik zwischen demokratischer Repräsentation und <i>elite capture</i>	292
4 Gefährdete Demokratie?	305
VANESSA A. BOESE	
Demokratie in Gefahr?	306
COLIN CROUCH	
Postdemokratie, Zivilgesellschaft und politische Identitäten	320
WOLFGANG MERKEL	
Neue Krisen. Wissenschaft, Moralisierung und die Demokratie im 21. Jahrhundert	332
JAN-WERNER MÜLLER	
Freiheit, Gleichheit, Zusammenhalt – oder: Gefährdet »Identitätspolitik« die liberale Demokratie?	346
ARMIN PFAHL-TRAUGHBER	
Partikulare versus universelle Prinzipien. Problematische Elemente linker Identitätspolitik	357
CLAUDIA RITZI	
Aus dem Gleichgewicht. Zum Zustand demokratischer Öffentlichkeit	370
CHRISTOPH NEUBERGER	
Digitale Öffentlichkeit und liberale Demokratie	381
TORBEN LÜTJEN	
Die amerikanische Lektion. Wie Polarisierung der Demokratie schaden kann	395
Autorinnen und Autoren	406
Bildnachweis	411

Editorial

Streit ist in der demokratischen Entscheidungspraxis unvermeidbar, ja wünschenswert. Nicht nur ringen eine Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren um die Inhalte demokratischer Politik, bevor diese über parlamentarische Mehrheitsentscheidungen verbindlich umgesetzt werden. Auch die Formen und Strukturen, in denen demokratische Beteiligung stattfindet, stehen nicht ein für alle Mal fest, sondern sind Gegenstand demokratiepolitischer Kontroversen: Wer ist wahlberechtigt und gehört damit zum *demos*? Wessen Interessen finden in der Öffentlichkeit Gehör, und wer wird auf welche Weise im Parlament repräsentiert? Welcher Formen politischer Beteiligung bedarf es über den Zugang zu Wahlen hinaus?

Die deutsche Gesellschaft hat sich hinsichtlich ihrer Zusammensetzung, aber auch ihrer Präferenzen und Einstellungen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gewandelt. Gruppen, die bislang wenig Gehör fanden, fordern mehr politische und gesellschaftliche Teilhabe ein. Fortbestehende Ungleichheiten – etwa auf Grundlage geschlechtlicher oder ethnischer Zuschreibungen – haben ihre Legitimität eingebüßt und werden zum Gegenstand intensiver Kritik. Welche Auswirkungen hat dies auf demokratische Entscheidungsprozesse? Und was bedeutet es für die in der Demokratie als universell erachteten Werte der Freiheit und Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger?

Auch die institutionellen Grundlagen der Demokratie verändern sich: Die ehemals dominierenden Volksparteien haben an Größe und Stimmenpotenzial eingebüßt, das Parteiensystem hat sich pluralisiert, die Parteizugehörigkeit und -bindung haben generell abgenommen. Zugleich ist das Niveau der Politisierung in der Gesellschaft keineswegs rückläufig. Im Gegenteil: Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Teilhabe, der Bekämpfung der Klimakrise, des Umgangs mit der Corona-Pandemie sowie mit dem Krieg in Europa haben zu intensiven und mit breiter Beteiligung geführten politischen Debatten angeregt.

Allerdings haben diese Diskussionen auch eine Tendenz zur Polarisierung offenbart, deren Zuträglichkeit für eine demokratische Debattenkultur vielfach angezweifelt wird. Besonders sichtbar wird dies in den sozialen Medien, deren zunehmende Verbreitung zu einem neuen Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit geführt hat. Das demokratische Potenzial einer Absenkung der Teilnahmebarrieren wird hier allzu oft durch

hate speech, Desinformation und eine durch Algorithmen gesteuerte Polarisierungslogik konterkariert, die vor allem kommerziellen Interessen folgt und nicht den Prinzipien eines vernunftbasierten Austauschs.

Was bedeuten all diese Veränderungsprozesse für den Zustand und die Entwicklung der Demokratie? Unter den Stichworten der »Repräsentation«, der »Identität« und der »Beteiligung« thematisieren die in dem Band versammelten Beiträge diese Fragestellung aus unterschiedlichen Perspektiven und mit eigenen Schwerpunktsetzungen. Die Autorinnen und Autoren zeigen, dass Demokratie nichts Fertiges oder Abgeschlossenes ist, sondern die Art und Weise, in der die Bürgerinnen und Bürger – ihrem Anspruch nach gleichberechtigt und selbstbestimmt – ihre ungewisse Zukunft gemeinsam gestalten.

Einige der in dieser Edition versammelten Texte stammen aus bereits publizierten APuZ-Ausgaben und wurden zum Teil aktualisiert, andere Beiträge werden hier zum ersten Mal veröffentlicht.

Christoph Rasemann & Sascha Kneip

Eine Sache der Eliten?

Identitätspolitik zwischen demokratischer Repräsentation und *elite capture*

Ein Grundprinzip der Demokratie ist die Gleichheit der Bürger_innen. Das Prinzip der Gleichheit ist zentral für demokratische Repräsentation. Es bedeutet, dass die Stimmen der Bürger_innen gleich viel zählen und dass ihre Interessen durch Repräsentant_innen möglichst gut abgebildet und vertreten werden. Es gilt sowohl für formale Repräsentation in den politischen Institutionen, insbesondere bei Wahlen, als auch für sogenannte informelle Repräsentationsverhältnisse in der Öffentlichkeit, Kultur und Wissenschaft. Doch die real existierende Demokratie ist vom Ideal der Gleichheit weit entfernt. Sie ist asymmetrisch und exkludierend. Die Stimmen privilegierter Menschen sind überrepräsentiert, während die Stimmen von diskriminierten Menschen unterrepräsentiert oder sogar ganz ausgeschlossen sind.

Identitätspolitik als unendliche Aufgabe der Demokratie

Identitätspolitik ist eine Antwort auf diesen Ausschluss. Sie ist nötig, um die Demokratie weiter zu demokratisieren – also die durch historischen Unrecht verzerrten Repräsentationsverhältnisse zu reparieren. »Identitätspolitik« bezeichnet im Sinne der Entstehungsgeschichte des Begriffs wie auch der aktuellen Debatten die politische Praxis marginalisierter Gruppen, sich gegen ihre Benachteiligung durch Strukturen, Kulturen und Normen der Mehrheitsgesellschaft zu wehren und dabei eine kollektive Identität und einen kollektiven Standpunkt zu entwickeln. Ich stütze die Interpretation von Identitätspolitik als einer Demokratisierung der Demokratie auf die radikale Demokratietheorie,¹ insbesondere auf die Arbeiten von Claude Lefort, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und Jacques Rancière.² Diese Theoretiker_innen entwickelten ein Verständnis der bestehen-

den politischen Ordnung als einer notwendigerweise partikularistischen und exkludierenden. Demokratie hingegen sei der fortwährende Kampf für die demokratischen Grundwerte der Gleichheit und Freiheit und ziele daher darauf ab, die real existierenden demokratischen Institutionen zu verändern und inklusiver zu gestalten.³ Doch dabei können die universalen Ansprüche von Gleichheit und Freiheit nur durch ihre wiederholte Aktualisierung in partikularen Auseinandersetzungen konkretisiert werden. Dies liegt daran, dass die Ausschlüsse auch ein Problem der politischen Epistemologie sind, das heißt, sie hängen mit den Möglichkeiten und Blockaden von (politisch relevantem) Wissen zusammen. Für die Perspektive der Mehrheitsgesellschaft ist es schwer, strukturelle Diskriminierungen zu verstehen und angemessen zu thematisieren, insbesondere weil sich diese Mehrheitsperspektive oft so versteht, als würde sie eine universelle Auffassung formulieren, bei der die soziale Position gar keine Rolle spiele. Leichter fällt diese Thematisierung vom partikularen Standpunkt der von Diskriminierungen Betroffenen. Das disruptive Durchbrechen etablierter Verständnisse des Universalen durch partikulare Identitätspolitik ist deshalb zentral für die weitere Demokratisierung der Demokratie. Die demokratisierende Funktion der Identitätspolitik liegt also nicht nur darin, vergangenes Unrecht zu korrigieren und verzerrte Repräsentationsverhältnisse zu reparieren. Vielmehr kann Identitätspolitik insofern als das Zentrum der Demokratie verstanden werden, als auch korrigierte Repräsentationsverhältnisse stets neue Ausschlüsse produzieren, die es zu thematisieren gilt. Partikulare Identitätspolitik ist somit die unendliche Aufgabe der Demokratie. Sie ist nötig zur kontinuierlichen Korrektur von falschen Universalismen und den dadurch verursachten Schließungen.

Das Problem des *elite capture*

Doch Identitätspolitik ist nicht nur ein Mittel zur Korrektur verzerrter Repräsentation. Sie bringt auch selbst eine Reihe von Problemen der Repräsentation mit sich: Wer darf für eine Gruppe sprechen? Wie lässt sich legitime von illegitimer Repräsentation unterscheiden? Und auf wen sollte gehört werden, wenn verschiedene Akteure für sich in Anspruch nehmen, eine Gruppe zu repräsentieren? Ein Problem ist dabei besonders zentral: »*elite capture*«, also die »Einnahme« von Identitätspolitik beziehungsweise die Aneignung ihrer Anliegen durch Eliten. Sind die selbsternannten Repräsentant_innen der Identitätspolitik nicht meist aus einer gebildeten und selbst privilegierten Schicht, die mit komplizierten Theorien an den eigentlich diskriminierten Menschen vorbeireden? Verfol-

gen sie nicht eigene politische Ziele, die sie meist an Universitäten gelernt haben – wie beispielsweise politisch korrekte Sensibilität gegenüber Ausdrucksweisen – und die gar nichts mit den Interessen der Leute »auf der Straße« zu tun haben? Machen Sie nicht selbst Karriere, indem sie sich als *woke* Fürsprecher von Minderheiten ausgeben?

Das Problem des *elite capture* ist auch deshalb so wichtig, weil es einerseits real ist – es wird von Theoretiker_innen der Identitätspolitik diskutiert⁴ und ist Teil der kontinuierlichen selbstkritischen Debatten, die ein Wesenskern von (guter) Identitätspolitik sind.⁵ Andererseits ist es aber auch ein Teil des argumentativen Waffenarsenals, das in den aktuell heiß gelaufenen Debatten von konservativer Seite gegen Identitätspolitik vorgebracht wird. Identitätspolitik wird hier insgesamt als eine Gefahr für die Demokratie dargestellt, weil sie durch ihren Partikularismus die demokratische Einheit spalte. Hier wird davon ausgegangen, dass es einen universalistischen Bezugspunkt der Politik gäbe, der die real existierende demokratische Praxis schon maßgeblich bestimme, weshalb diese nicht fundamental von Ausschlussverhältnissen strukturiert sei.⁶ Das ist also genau das Gegenteil der radikaldemokratischen Diagnose, dass Demokratisierung nur über je partikuläre Überwindungen von Ausschlüssen zu erreichen ist. Das Argument, dass Identitätspolitik nur ein abgehobenes Elitenprojekt sei, ist aus dieser identitätspolitikkritischen Sicht der Todesstoß: Identitätspolitik zersetze nicht nur die Demokratie, indem sie Minderheiten zu viel Macht gebe, sondern sie repräsentiere noch nicht mal die Interessen dieser Minderheiten.⁷ Um die Interpretation von Identitätspolitik als notwendig für die Demokratisierung der Demokratie zu verteidigen, ist es also wichtig, Antworten auf das reale, zugleich aber auch strategisch in Anschlag gebrachte Problem des *elite capture* zu formulieren. Dazu entwickle ich im Folgenden Vorschläge, indem ich neuere Repräsentationstheorien im Hinblick auf identitätspolitische Repräsentation diskutiere.

Representational turn

Der Begriff der Repräsentation war in der politischen Theorie lange mit der Vorstellung eines Defizits verbunden: Repräsentation wurde tendenziell als ein Gegensatz zur Demokratie gesehen, eher als ein notwendiges Übel moderner Politik denn als notwendiges Element von Demokratie. Dies lässt sich auf die Präferenz für direkte Demokratie in der normativen Demokratietheorie zurückführen, die die Forschung lange geprägt hat⁸ und in der bewegungsnahen Theoriebildung teilweise bis heute noch anhält.⁹ Und auch die deliberative Demokratietheorie hat der Repräsentation

tion einen untergeordneten Stellenwert zugesprochen und stattdessen die Öffentlichkeit als eine Sphäre des möglichst rationalen Austauschs von Argumenten ins Zentrum gestellt.¹⁰ Dies hat sich mit dem »representational turn« seit den 2000er Jahren gewandelt. Repräsentation wurde konzeptuell und normativ ins Zentrum der Demokratie gerückt: ohne Repräsentation keine Demokratie.

Das Kernargument des *representational turn* ist, dass der Wille des Volkes, das in der Demokratie (demos = Volk, kratie = Herrschaft) herrschen soll, erst durch Repräsentation hergestellt wird. Das liegt eigentlich auf der Hand: Der Volkswille ist ja nicht einfach da, sondern muss ausgehandelt, dargestellt, beschrieben, eingegrenzt, auf einen Begriff gebracht werden. Das geschieht durch Repräsentation.¹¹ Iris Marion Young hat die Vorstellung einer ursprünglichen Einheit des Volkes und seines Willens als »Metaphysik der Präsenz« kritisiert.¹² Sie weist darauf hin, dass die konstituierende Macht in sich differenziert ist und erst durch Repräsentationsprozesse, in denen diese Differenzen ausgehandelt werden, zum Volk wird und einen Willen entwickelt. Ohne Repräsentation gibt es also keinen demokratischen Souverän. Während der *representational turn* die grundsätzliche Bedeutung von Repräsentation für demokratische Aushandlungsprozesse erläutert, rückt der »constructivist turn« das in der Debatte um Repräsentation bereits angelegte konstruktivistische Element in den Mittelpunkt: Die unterschiedlichen Identitäten und Interessen von Gruppen der konstituierenden Macht sind nicht vorhanden, bevor sie repräsentiert werden, sondern werden erst durch Repräsentation konstruiert.¹³ Die Beziehung zwischen Repräsentierten und Repräsentant_innen ist also keine spiegelbildliche Korrespondenz, sondern ein dynamischer gegenseitiger Konstitutionsprozess.¹⁴

Eine zentrale Diagnose der konstruktivistischen Repräsentationstheorie ist, dass ein klassischer, formal-institutioneller Repräsentationsbegriff, der auf Repräsentation im Rahmen eines durch Wahlen erteilten Mandates fokussiert, für die Gegenwart nicht mehr ausreichend ist. Vielmehr ist informelle Repräsentation jenseits der Mandatsrepräsentation in Parlamenten immer wichtiger geworden. Dies liegt unter anderem an der durch Globalisierungsprozesse komplexer und indirekter gewordenen politischen Steuerung, in der politische Macht weniger in nationalen Parlamenten zentriert ist, sondern dezentral in Form mannigfaltiger Abhängigkeiten zwischen internationaler Politik, ökonomischen Prozessen, rechtlichen Rahmenbedingungen, der öffentlichen Debatte und wissenschaftlichen Erkenntnissen existiert.¹⁵ Entscheidungen werden heute stärker als zuvor durch Expert_innen, internationale Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteure beeinflusst – und solche Einflüsse lassen sich als informelle

Akte der Repräsentation verstehen. Informelle Repräsentation ist weniger von einem bestimmten Ort abhängig als formelle¹⁶ und sie nimmt etwa durch die Repräsentation unterschiedlicher Positionen in Diskursen entscheidenden Einfluss auf längerfristige politische Entwicklungen.¹⁷

Nun könnte dieser Rückgang parlamentarischer Macht als Krisendiagnose zum Zerfall der Demokratie verstanden werden. Hier setzt die neue Repräsentationstheorie ein und verkompliziert das Bild, indem sie unseren normativen Begriff von Demokratie korrigiert, der durch eine Beschränkung auf Wahlen und formelle Repräsentation wichtige Aspekte moderner Politik nicht berücksichtigt. Nadia Urbinati weist darauf hin, dass Demokratie nicht nur eine Sache des Willens und der Entscheidung ist, sondern auch des Urteilens. Repräsentation setzt Diskurse und Debatten in Gang – sie ist quasi das »Schmiermittel« der öffentlichen Deliberation, durch die Bürger_innen demokratische Kontrolle ausüben: Ideen werden auf Grundlage ihrer Repräsentation diskutiert, der (immer vorläufige) politische Wille wird so gebildet, und Regierungen sind temporär mit seiner Umsetzung in Entscheidungen vertraut. Effektive öffentliche Debatte und Kontrolle sind in diesem Modell also unverzichtbares Komplement von Wahlen und parlamentarischer Entscheidungsfindung. Der deliberativen Demokratietheorie wirft Urbinati hingegen vor, die Bedeutung von institutionalisierten Entscheidungen zu vernachlässigen und so ein unvollständiges Bild von repräsentativer Demokratie zu zeichnen.¹⁸

Repräsentation als *claim making*

Aber wie trägt Repräsentation zur Konstitution von Gruppen und zur öffentlichen Deliberation bei? Michael Saward erläutert, dass Repräsentation als »claim making« verstanden werden sollte, also als das Vorbringen von Repräsentationsansprüchen.¹⁹ Das geschieht auch jenseits von Wahlen und Institutionen; im Mittelpunkt steht vielmehr die Performativität.²⁰ Repräsentationsansprüche sind Identitätsangebote, die angenommen, diskutiert, kritisiert und abgelehnt werden können und so zur Konstitution von Identität und Interessen beitragen. Repräsentation entsteht, wenn ein_e Repräsentant_in *claims* über sich selbst, ihre *constituency* (die zu repräsentierende Gruppe) und die Verbindung zwischen beiden macht und diese *claims* dann vom Publikum angenommen werden. Genauer: »A maker of representations (M) puts forward a subject (S) which stands for an object (O) which is related to a referent (R) and is offered to an audience (A).«²¹ Diese differenzierte Definition ermöglicht es, unterschiedliche Arten von Repräsentation zu analysieren. Es handelt sich zum Beispiel auch um

Repräsentation, wenn »woke« Aktivist_innen (*maker*) konservativen (eventuell alten, eventuell männlichen) politischen Gegnern (*referent*) vorwerfen, wie ein »alter Weißer Mann« (*subject*) zu argumentieren und damit das Patriarchat (*object*) zu verkörpern; ein *claim*, der bei »woken« Publika (*audience*) wohl mehr Akzeptanz finden wird als bei konservativen. In diesen Differenzierungen wird der konstitutive Aspekt der Repräsentation deutlich: Sie referiert nicht einfach auf eine gegebene *constituency* (hier der konservative politische Gegner), sondern konstruiert sie, indem sie eine Idee darüber vorschlägt, wie diese *constituency* ist (Patriarchat).²² Gleiches gilt natürlich für einfachere, positive Fälle: Angela Merkel stellte sich als Kanzlerin (*maker* und *subject*) dar, die für das Wohl der Deutschen agiert (*object*), um die Deutschen (*referent*) zu repräsentieren, damit sie von Wähler_innen gewählt und international respektiert wird (*audience*). »Die Deutschen« gibt es nur durch solcherlei Repräsentationsansprüche, die Angebote zu ihrer Charakterisierung unterbreiten. Im Hinblick auf die Diskussion der Rolle von Eliten ist es wichtig, den radikaldemokratischen Gehalt der konstruktivistischen Repräsentationstheorie hervorzuheben: Repräsentant_in kann grundsätzlich jede_r sein, denn alle Personen können Repräsentationsansprüche erheben; und die Positionen der Repräsentant_innen und *constituencies* sind deshalb nicht festgelegt, sondern kontestabel und reversibel.

Unbeschadet dieser grundsätzlichen radikaldemokratischen Möglichkeit der Revision von Repräsentation, zeigt der konstruktivistische Repräsentationsbegriff auch die Gefahr des *elite capture* auf: Wenn die Gruppenidentität und Interessen der *constituencies* aktiv von Repräsentant_innen hervorgebracht werden, können Eliten – verstanden als privilegierte Repräsentant_innen mit großen monetären, sozialen oder kulturellen Ressourcen, die von historischen Ungerechtigkeiten profitieren – diese Gruppenidentität nach ihren eigenen Interessen formen. Das Problem ist nicht nur ein empirisches, sondern ein grundsätzliches: Lassen sich »wahre Interessen« der *constituencies* überhaupt von solchen unterscheiden, die ihnen durch Manipulation von Repräsentant_innen aufgedrängt werden? Lisa Disch gibt drei aufeinander aufbauende Antworten auf dieses Problem.²³ Zunächst die empirische und realistische Analyse, dass politische Repräsentation immer auch Anteile von strategischem Machthandeln hat, das als manipulativ bezeichnet werden könnte. Das allein ist aber nicht schon problematisch, weil die im strategischen politischen Wettkampf erhobenen Repräsentationsansprüche notwendig dafür sind, dass Bürger_innen überhaupt stabile und kohärente Präferenzen ausbilden können.²⁴ Dies geht zweitens damit einher, die Unterscheidung zwischen Manipulation und wahren Interessen beziehungsweise herrschaftsfreier Kommunikation, die üblicherweise als »bedrock norm«²⁵ dafür angesehen werden, dass Repräsentation demo-

kratisch ist, zu kritisieren. Legitimität über gegebene Präferenzen (klassische Repräsentationstheorie) oder kommunikatives Handeln (deliberative Demokratietheorie) zu bestimmen, ist sozialtheoretisch problematisch, weil diese Kriterien nicht erfüllbar sind.²⁶ Einflussnahme und strategisches Handeln, das zur Ausbildung von Identitäten und Interessen führt, sind in der Politik allgegenwärtig, ohne dass dies als Manipulation skandalisiert werden sollte. Drittens erläutert Disch mit der »mobilizing conception« eine angemessenere Normativität der Repräsentation: Reflexivität, verstanden als das Mobilisieren von Einwänden der Repräsentierten. Reflexive Repräsentation ist produktiv und für den demokratischen Prozess unverzichtbar, weil sie politische Konflikte klärt und so bearbeitbar macht. Zentral ist, ob es effektive Mechanismen gibt, mit denen Einwände von unterschiedlichsten Seiten nicht nur vorgetragen werden, sondern sich auch Gehör verschaffen können.²⁷ Das Augenmerk liegt hier also auf den Prozessen der Auseinandersetzung, Kritik und Reflexion, die durch Repräsentationsangebote – einschließlich des strategischen Handelns von Eliten – in Gang gesetzt werden. Und *elite capture* ist nur dann ein Problem der Repräsentation, wenn es solche Reflexivität nicht gibt – beispielsweise im Falle des Repräsentationsanspruchs Wladimir Putins gegenüber dem russischen Volk.

Für Identitätspolitik bedeutet die neue Repräsentationstheorie zunächst: Ohne Repräsentation kann es gar keine Identitätspolitik geben. Wie überall in der Politik ist auch hier Repräsentation konstitutiv. Und das heißt natürlich auch, dass in der Identitätspolitik *elite capture* auftreten kann. Die Repräsentationstheorie hilft aber, das Problem des *elite capture* in der Identitätspolitik zu differenzieren, durch eine Verallgemeinerung und eine Präzisierung: *Elite capture* ist kein spezifisches Problem der Identitätspolitik, sondern ein allgemeines Problem aller Repräsentation – das ist ein wichtiges Argument gegen die konservativen Kritiker_innen, die *elite capture* nur bezüglich Identitätspolitik kritisieren. Und es ist, sowohl im Allgemeinen als auch im speziellen Fall der Identitätspolitik, nur ein potenzielles Problem, das dann auftritt, wenn Repräsentation nicht reflexiv ist. Was das für identitätspolitische Repräsentation genau bedeutet, wie sie also demokratisch und nicht manipulativ gestaltet werden kann, diskutiere ich im nächsten Abschnitt.

Legitime Repräsentation und demokratische Identitätspolitik

In der Identitätspolitik spielen selbsternannte Repräsentant_innen eine besondere Rolle.²⁸ Identitätspolitik sind verhältnismäßig wenig partei-

politisch institutionalisiert, und identitätspolitische Repräsentation findet deshalb zu einem erheblichen Maß jenseits der Legitimation durch Wahlen statt. Solche informelle identitätspolitische Repräsentation ist nicht weniger wichtig für die Demokratisierung der Demokratie als parlamentarische Repräsentation. Im Gegenteil, sie ist sogar die Grundlage und der Anfangspunkt für jede Institutionalisierung inklusiver Politik. Allerdings bringen die bei selbsternannten Repräsentant_innen eingeschränkten formalen Kontroll- und Legitimationsmechanismen spezifische Gefahren des Scheiterns und des Missbrauchs mit sich, wie sie als Problem des *elite capture* bereits diskutiert wurden.

Laura Montanaro zeigt, dass die entscheidende Frage zur Beurteilung dieser Gefahr ist, ob selbsternannte Repräsentant_innen von ihrer *constituency* autorisiert werden und ihr gegenüber Rechenschaft ablegen.²⁹ Dies kann durch Organisationen oder diskursiv geschehen: die Mitgliedschaft in Organisationen, Spenden und interne Wahlen einerseits, Zustimmung zu und Verbreitung von öffentlichen Statements, insbesondere über Social Media, andererseits.³⁰ Wichtig ist, dass es sich um serielle, also offene und kontinuierliche Prozesse handelt, durch die Reflexion, Aushandlung und damit Identitätsbildung stattfinden können.³¹ Natürlich kann dabei die Autorisierung auch entzogen werden, beispielsweise durch Austritte aus Organisationen oder öffentliche Kritik. Die teilweise heftigen Dynamiken bei identitätspolitikinterner Kritik und beim »Canceln« von diskursbestimmenden Personen bei (vermeintlichen) Fehlritten lässt sich als Bestandteil solcher Repräsentationsprozesse nachvollziehen, für die es notwendig ist, dass selbsternannte Repräsentant_innen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Existenz solcher effektiven Kontrollmechanismen ist ein Hinweis auf funktionierende identitätspolitische Repräsentationsmechanismen – und kann deshalb als Beleg für die Legitimität der nicht-kritisierten Repräsentant_innen gewertet werden. Die zentrale Frage zur Bewertung von identitätspolitischer Repräsentation ist, inwieweit die *constituency* ermächtigt wird und einen eigenen Standpunkt entwickelt, indem sie Repräsentant_innen autorisiert und zur Rechenschaft zieht. Legitim sind nach Disch solche Repräsentationsansprüche, die von der *constituency* angenommen werden.³² Die dafür notwendige kritische Reflexion der Repräsentationsangebote wird durch gelungene – plurale und empowernde – Prozesse der Repräsentation ermöglicht. Wichtig ist dabei, dass auch tatsächlich diejenigen ermächtigt werden, Einfluss auszuüben, von denen die selbsternannten Repräsentant_innen behaupten, sie zu vertreten. Legitim ist selbsternannte Repräsentation also, wenn die Stimmen derjenigen, um die es dabei geht, gestärkt werden.³³ Dieses Empowerment durch legitime Repräsentation bedeutet auch, dass die dadurch eta-

blierten Machtverhältnisse und Identitätskonzeptionen es ermöglichen, dass Repräsentierte selbst als Repräsentant_innen aktiv werden können. Während also die Differenz zwischen Repräsentanten und Repräsentierten unaufhebbar ist, misst sich die Legitimität von Repräsentation auch daran, wie reversibel diese Positionen sind.

Selbsternannte Repräsentation kann also auch scheitern. Montanaro unterscheidet drei Fälle eines solchen Scheiterns, wobei der erste, die verzerrte Repräsentation, besonders relevant für das Problem des *elite capture* in der Identitätspolitik ist. Verzerrt ist Repräsentation dann, wenn sie asymmetrisch privilegierte Subgruppen – mit anderen Worten: Eliten – befördert. Das Besondere an solch verzerrter Repräsentation ist, dass das Publikum (in diesem Fall die Mehrheitsgesellschaft) sie oft als legitim wahrnimmt. So baut eine privilegierte Subgruppe ihre Stellung auf Kosten von anderen Subgruppen aus, die dadurch für die Mehrheitsgesellschaft unsichtbar gemacht werden. Dies geht meist mit einer einseitig essenzialisierenden und ausschließenden Konstruktion der infrage stehenden Identität einher. Es geht beim Problem der verzerrten Repräsentation also um die Frage, wer eigentlich zur jeweiligen Identität zählt. Bei verzerrter Repräsentation wird sie einseitig, unter Ausblendung von Intersektionalität, beantwortet. Montanaro führt als Beispiel hierfür an, wie in der Frauenbewegung lange Zeit Rassismus und Klassenposition als zweitrangige Probleme behandelt wurden, was feministische Repräsentation zum Vorteil von Weißen bürgerlichen Frauen verzerrt hat. Deren spezifische soziale Position wurde so zur allgemeinen Identität des Frauseins gemacht.³⁴ Und die Repräsentation der schwulen Identitätspolitik lässt sich als verzerrt in Richtung einer bürgerlichen Homonormativität beschreiben, bei der es vor allem um den Einsatz für die Ehe für alle geht, wodurch queere Lebensstile abgewertet werden.³⁵ Solche verzerrte Repräsentation lässt sich unter anderem mit einer asymmetrischen Macht- und Ressourcenverteilung innerhalb einer identitätspolitischen *constituency* erklären. Die Kritik dieser Verteilung und damit die Neuaushandlung, wie die Identität überhaupt verstanden werden sollte, gehören gewissermaßen zur DNA der Identitätspolitik.³⁶ Sie ist die immerwährende Kritik verzerrter Repräsentation, sowohl in Bezug auf die formalen politischen Institutionen als auch in Bezug auf gesellschaftliche Machtverhältnisse innerhalb und außerhalb identitätspolitischer Projekte. Mit anderen Worten: Legitime identitätspolitische Repräsentation ist intersektional. Genau darum geht es in dem Text, der heute als Gründungsdokument der Identitätspolitik gilt: Das Combahee River Collective begründet den Fokus auf die eigene Repression als Schwarze Frauen, den es als Identitätspolitik definiert, mit verzerrter Repräsentation.³⁷ Sowohl in der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung als

auch im Weißen Feminismus waren sie zwar mitgenannt, aber nicht mitgemeint – sie waren nicht repräsentiert.

Während diese verzerrte Repräsentation zwar ein Problem von Machtasymmetrien und Privilegien ist, was man mit dem Begriff des *elite capture* bezeichnen kann, sollte dieses Problem unterschieden werden von der Kritik an identitätspolitischer Repräsentation durch herausgehobene Repräsentant_innen. Die Diskussionen um verzerrte Repräsentation sind Teil der langfristigen diskursiven Entwicklung von identitätspolitischen Projekten und der Machtkämpfe, die innerhalb dieser Projekte von unterschiedlichen Subgruppen ausgetragen werden. Diese Subgruppen werden wiederum selbst durch Repräsentant_innen konstituiert und moderiert. Kurz, verzerrte Repräsentation ist nicht ein Problem des Einflusses identitätspolitischer »Eliten«, verstanden als herausgehobene Repräsentant_innen jeweiliger (Sub-)Gruppen und Diskurse. »Eliten« in diesem Sinne gibt es nicht nur auf allen Seiten identitätspolitischer Auseinandersetzungen – es gibt »Eliten« des Schwarzen Feminismus genauso wie »Eliten« des Weißbürgerlichen Feminismus, es gibt queere »Eliten« genauso wie schwule »Eliten«. Solche »Eliten«, also herausgehobene, diskurstiftende Repräsentant_innen, sind darüber hinaus notwendig zur weiteren Entwicklung der jeweiligen kritischen Positionen.

Das Problem des *elite capture* in der Identitätspolitik wird so also verschoben: Es ist nicht zentral, wie »elitär« identitätspolitische Repräsentant_innen sind und ob sie auch eigene Interessen verfolgen. Beides wird man den meisten identitätspolitischen Repräsentant_innen in der einen oder anderen Form nachweisen können. Vielmehr ist das zentrale Kriterium für *elite capture*, ob privilegierte Subgruppen die identitätspolitische Repräsentation verzerren und dabei interne Diskriminierungsverhältnisse stärken und so intersektionale Gleichheit verhindern. Der normative Maßstab, an dem identitätspolitische »Eliten« gemessen werden sollten, ist deshalb, ob sie durch ihre Repräsentationsangebote zum Empowerment ihrer *constituency* beitragen, Machtasymmetrien und verzerrte Repräsentation zu kritisieren, und so die Entwicklung eines gemeinsamen identitätspolitischen Standpunktes unterstützen. Identitätspolitik kann demokratisch genannt werden, wenn sie beim Ringen um bessere Repräsentation in den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft wirksam gegen eigene Repräsentationsverzerrungen vorgeht.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Karsten Schubert/Helge Schwiertz, Konstruktivistische Identitätspolitik. Warum Demokratie partikuläre Positionierung erfordert, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 4/2021, S. 565–593.
- 2 Vgl. Claude Lefort, *Democracy and Political Theory*, Cambridge 1988; Ernesto Laclau/Chantal Mouffe, *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London 2001; Chantal Mouffe, *On the Political*, London 2005; Jacques Rancière: *Disagreement. Politics and Philosophy*, Minneapolis 1999.
- 3 Weil diese Spannung zwischen etablierten Institutionen und demokratischer Praxis konstitutiv für die Demokratie ist, kann sie als »demokratische Differenz« bezeichnet werden, vgl. Helge Schwiertz, *Migration und radikale Demokratie. Politische Selbstorganisation von migrantischen Jugendlichen in Deutschland und den USA*, Bielefeld 2019, S. 68 ff.
- 4 Vgl. Olúfẹ́mi O. Táíwò, *powerful took over identity politics (and everything else)*, London 2022; ders., *Identity Politics and Elite Capture*, in: *Boston Review*, 7. 5. 2020, <https://bostonreview.net/articles/olufemi-o-taiwo-identity-politics-and-elite-capture>; ders., *Being-in-the-Room Privilege: Elite Capture and Epistemic Deference*, in: *The Philosopher*, 30. 11. 2020, <https://www.thephilosopher1923.org/post/being-in-the-room-privilege-elite-capture-and-epistemic-deference>.
- 5 Vgl. Schubert/Schwiertz (Anm. 1).
- 6 Diese Kritik ist nicht nur im öffentlichen Diskurs verbreitet, sondern auch in der politischen Theorie. Der universalistische Bezugspunkt wird in verschiedenen Traditionen der politischen Theorie unterschiedlich konzeptualisiert und entsprechend auch unterschiedlich gegen identitätspolitische Spaltung in Stellung gebracht. Liberale und deliberative Theoretiker_innen sehen den freien Diskurs in der Öffentlichkeit gefährdet, kommunitaristische Theoretiker_innen die demokratische Gemeinschaft und kritische Theoretiker_innen das Projekt der kapitalismuskritischen Gesellschaftskritik, siehe ebd.
- 7 Vgl. Sahra Wagenknecht, *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt*. Frankfurt–New York 2021, S. 113.
- 8 Vgl. Iris Marion Young, *Inclusion and Democracy*, Oxford–New York 2000, S. 124 f.
- 9 Vgl. Isabell Lorey, *Demokratie im Präsens. Eine Theorie der politischen Gegenwart*, Berlin 2020.
- 10 Vgl. Mónica Brito Vieira, *Introduction*, in: dies. (Hrsg.), *Reclaiming Representation*, New York 2017, S. 1–21, hier S. 1 f.
- 11 Vgl. Marina Martínez Mateo, *Politik der Repräsentation*, Wiesbaden 2018, S. 17.
- 12 Vgl. Iris Marion Young, *Deferring Group Representation*, in: Ian Shapiro/Will Kymlicka (Hrsg.), *Ethnicity and Group Rights*, New York 1997, S. 349–376.
- 13 Siehe dazu die Sammelbände Mónica Brito Vieira (Hrsg.), *Reclaiming Representation*, New York 2017; Dario Castiglione/Johannes Pollak (Hrsg.), *Creating Political Presence: The New Politics of Democratic Representation*, Chicago–London 2019; Lisa Jane Disch/Mathijs van de Sande/Nadia Urbinati (Hrsg.), *The Constructivist Turn in Political Representation*, Edinburgh 2019.
- 14 Vgl. Lisa Disch, *The »Constructivist Turn« in Democratic Representation. A Normative Dead-End?*, in: *Constellations* 4/2015, S. 487–499.

- 15 Vgl. Suzanne Dovi, Political Representation, in: Edward N. Zalta (Hrsg.), *The Stanford Encyclopedia of Philosophy* (Fall 2018 Edition), <https://plato.stanford.edu/archives/fall2018/entries/political-representation>.
- 16 Vgl. Sofia Näsström, Where is the representative turn going?, in: *European Journal of Political Theory* 4/2011, S. 501–510, hier S. 508 f.
- 17 Vgl. John S. Dryzek/Simon Niemeye, Discursive Representation, in: *American Political Science Review* 4/2008, S. 481–493.
- 18 Vgl. Nadia Urbinati, Judgment Alone. Cloven Citizens in the Era of the Internet, in: Castiglione/Pollak (Anm. 13), S. 61–85.
- 19 Vgl. Michael Saward, The Representative Claim, in: *Contemporary Political Theory* 3/2006, S. 297–318; Michael Saward, *The Representative Claim*, Oxford 2010.
- 20 Vgl. Michael Saward, Performative Representation, in: Brito Vieira (Anm. 13), S. 75–94; Michael Saward, Shape-Shifting Representation, in: *American Political Science Review* 4/2014, S. 723–736, hier S. 725 f.
- 21 Saward 2006 (Anm. 19), S. 302.
- 22 Vgl. Disch (Anm. 14), S. 493.
- 23 Vgl. Lisa Disch, Toward a Mobilization Conception of Democratic Representation, in: *American Political Science Review* 1/2011, S. 100–114; Disch (Anm. 14).
- 24 Vgl. Disch (Anm. 23), S. 101.
- 25 Ebd., S. 100.
- 26 Vgl. ebd., S. 102.
- 27 Vgl. ebd., S. 110 f.
- 28 Vgl. Laura Montanaro, Who Counts as a Democratic Representative? On Claims of Self-Appointed Representation, in: Castiglione/Pollak (Anm. 13), S. 187–203.
- 29 Vgl. ebd.
- 30 Vgl. ebd., S. 191.
- 31 Vgl. ebd., S. 193.
- 32 Vgl. Disch (Anm. 14).
- 33 Vgl. Laura Montanaro, The Democratic Legitimacy of Self-Appointed Representatives, in: *The Journal of Politics* 4/2012, S. 1094–1107, hier S. 1095 f.
- 34 Vgl. Montanaro (Anm. 28), S. 196.
- 35 Vgl. Karsten Schubert, New Era of Queer Politics? PrEP, Foucauldian Sexual Liberation, and the Overcoming of Homonormativity, in: *Body Politics* 12/2020, S. 214–261.
- 36 Vgl. Schubert/Schwiertz (Anm. 1).
- 37 Vgl. Combahee River Collective, A Black Feminist Statement, in: Zillah R. Eisenstein (Hrsg.), *Capitalist Patriarchy and the Case for Socialist Feminism*, New York 1979, S. 210–218.

Autorinnen und Autoren

Gabriele Abels ist Jean-Monnet-Professorin mit dem Schwerpunkt vergleichende Politikwissenschaft und Europäische Integration an der Eberhard Karls Universität Tübingen.

Petra Ahrens ist Academy of Finland Research Fellow an der Tampere Universität mit dem Forschungsprojekt »On the road to gender-sensitive parliaments? Gender Equality and Democratic Practices in the Finnish, German, and Polish Parliament Compared« (GSParls).

Mitja Back ist Professor für Psychologische Diagnostik und Persönlichkeitspsychologie am Institut für Psychologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Christoph Bieber ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen und seit 2021 Leiter des Forschungsprogramms Digitale Demokratische Innovationen am Center for Advanced Internet Studies (CAIS).

Agnes Blome ist Postdoctoral Research Fellow im Exzellenz-Cluster »Contestations of the Liberal Script« und Lehrbeauftragte am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.

Vanessa A. Boese ist Assistant Professor am Varieties of Democracy Institute der Universität Göteborg.

Isabelle Borucki vertritt die Professur Politisches System der BRD an der Universität Siegen und leitet das Projekt Digitale Parteienforschung an der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen.

Colin Crouch ist Soziologe und Politikwissenschaftler und emeritierter Professor für Governance and Public Management der University of Warwick sowie auswärtiges wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln.

Frank Decker ist Professor für Politikwissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Silke van Dyk ist Professorin für Politische Soziologie am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Aladin El-Mafaalani ist Soziologe und Inhaber des Lehrstuhls für Erziehung und Bildung in der Migrationsgesellschaft an der Universität Osnabrück.

Thorsten Faas ist Professor für Politikwissenschaft und Leiter der Arbeitsstelle »Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland« am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Naika Foroutan ist Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin, Gründungsvorstand des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) e. V. und Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM).

Jessica Fortin-Rittberger ist Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Salzburg.

Marie-Luisa Frick ist habilitierte Philosophin und arbeitet als Assoziierte Professorin am Institut für Philosophie der Universität Innsbruck.

Claudia C. Gatzka ist promovierte Historikerin und wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte Westeuropas an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Eckhard Jesse hatte von 1993 bis 2014 einen Lehrstuhl am Institut für Politikwissenschaft an der TU Chemnitz inne. Er ist ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (2007–2009) sowie Gründer (1989) und Mitherausgeber des Jahrbuchs Extremismus & Demokratie.

Jens Kastner ist promovierter Soziologe am Institut für Kunst- und Kulturwissenschaften der Akademie der bildenden Künste Wien.

Anton Könneke ist Student der Sozialwissenschaften und Mitarbeiter an der Arbeitsstelle »Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland« am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Corinna Kröber ist Juniorprofessorin für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Greifswald.

Lukas Kübler ist Politikwissenschaftler und Referent im Laboratorium Beteiligende Verwaltung des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE).

Claudia Landwehr ist Professorin für Politische Theorie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Claus Leggewie ist Ludwig Börne-Professor an der Universität Gießen und Leiter des dortigen Panel on Planetary Thinking.

Torben Lütjen ist Professor für Partizipations- und Demokratieforschung an der Europa-Universität Flensburg.

Philip Manow ist Professor für Vergleichende Politische Ökonomie an der Universität Bremen und Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Wolfgang Merkel ist Professor (em.) für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor (em.) der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Benjamin Möckel ist promovierter Historiker und Akademischer Rat auf Zeit am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität zu Köln.

Jan-Werner Müller ist Roger Williams Straus Professor of Social Sciences an der Princeton University.

Patrizia Nanz ist Vizepräsidentin des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Leiterin des dortigen Laboratoriums Beteiligende Verwaltung sowie Gründungsdirektorin des Deutsch-Französischen Zukunftswerks.

Christoph Neuberger ist Professor für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin und Geschäftsführender Direktor des Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft.

Armin Pfahl-Traughber ist Politikwissenschaftler und Soziologe und Professor an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Claudia Ritzi ist Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Trier.

Daniel Ruttloff ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt Digitale Parteienforschung an der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen.

Bernd Schlipphak ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Methoden empirischer Sozialforschung an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Karsten Schubert ist promovierter Philosoph und wissenschaftlicher Mitarbeiter/ Assistent an der Professur für Politische Philosophie, Theorie und Ideengeschichte der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg sowie Fellow am Freiburg Institute for Advanced Studies (2022–2023).

Gesine Schwan ist Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Platform in Berlin.

Hanna Schwander ist Professorin für Politische Soziologie und Sozialpolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Sandra Seubert ist Professorin für Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Simon Strauß ist promovierter Historiker und Feuilletonredakteur der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«.

Lea Susemichel ist leitende Redakteurin des Magazins »an.schläge«.

Kristina Weissenbach ist Akademische Rätin an der Universität Duisburg-Essen und vertritt dort die Professur für Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft.

Nina-Kathrin Wienkoop ist promovierte Politikwissenschaftlerin und Mitglied des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung. Zuletzt leitete sie von 2020 bis 2022 die Programmlinie Demokratie und Gesellschaft bei der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung.

Stine Ziegler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Digitale Parteienforschung an der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen.

Repräsentation – Identität – Beteiligung

Demokratie ist nichts Fertiges oder Abgeschlossenes – sie ist die Art und Weise, in der freie und gleiche Bürgerinnen und Bürger ihre ungewisse Zukunft gemeinsam gestalten. Demokratie muss daher offen bleiben für Impulse aus und Veränderungsprozesse in der Gesellschaft. Die deutsche Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten hinsichtlich ihrer Zusammensetzung sowie ihrer Präferenzen und Einstellungen deutlich gewandelt. Auch die institutionellen Grundlagen der Demokratie sind in Veränderung begriffen: Das Parteiensystem hat sich pluralisiert, Parteizugehörigkeiten und -bindungen haben kontinuierlich abgenommen, jedoch ohne dass dies mit einem rückläufigen politischen Interesse einhergegangen ist. Strittige Fragen, etwa in Bezug auf den Umgang mit sozialer Ungleichheit und Diskriminierung, die Bekämpfung des Klimawandels, die Reaktion auf die Corona-Pandemie oder den Krieg in Europa, lösen regelmäßig engagierte Parteinahmen, hitzige Debatten und politischen Protest aus. Was bedeuten all diese Veränderungsprozesse für den Zustand und die Zukunft unserer Demokratie? Die Beiträge gehen dieser Frage aus unterschiedlichen Perspektiven und mit eigenen Schwerpunktsetzungen nach. Im Zentrum steht die Frage, wie Repräsentation und politische Beteiligung in einer sich verändernden pluralen, digitalen und demokratischen Gesellschaft gelingen können.